

Stephan Weil

## Perspektiven für Migration und Integration in Hannover

- Vortrag auf der Veranstaltung „Kommunale Integrationspolitik für die Zukunft“  
der Friedrich-Ebert-Stiftung am 09.03.2006 –

Wenn von Herausforderungen der Zukunft die Rede ist, dann stehen Migration und Integration auf der politischen Tagesordnung ganz oben. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die allermeisten europäischen Nachbarn. Erinnern wir uns nur an die Vorgänge in den Niederlanden, in Frankreich und zuletzt den von Dänemark ausgehenden „Karikaturenstreit“. Die damit verbundenen Themen umfassen beileibe nicht nur die Politik, sie betreffen die gesamte Gesellschaft und sogar den Alltag der allermeisten Menschen. Dass vor diesem Hintergrund eine einzelne Stadt nur begrenzte Möglichkeiten hat, die Integration unterschiedlicher Kulturen voranzutreiben, liegt auf der Hand. Das ändert nichts an der Bedeutung: Gerade den großen Städten mit ihrer Mischung sehr unterschiedlicher Menschen, Kulturen und Religionen brennt dieses Thema auf den Nägeln – der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie der Minderheitsgesellschaft.

In den folgenden Ausführungen wird viel von Integration die Rede sein. Was meine ich mit diesem Begriff? Ich weiß, dass es zu dieser Frage eine Diskussion gibt, die ganze Bibliotheken füllt. Mein Anspruch ist deutlich bescheidener. **Mir geht es darum, dass Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und Kulturen zusammen leben und zusammen arbeiten können.** Sie sollen sich dabei nicht verbiegen oder ihre eigene Herkunft verleugnen. Gemeinsame Grundlage müssen aber die in unserem Land geltenden Verfassungswerte sein, die Grundrechte ebenso wie das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat.

Das ist die positive Beschreibung meines Anliegens. Dasselbe lässt sich auch negativ formulieren: **Parallelgesellschaften, die nach eigenen Grundsätzen und ohne Kontakt zum Rest der Gesellschaft organisiert sind, müssen wir so gut als irgend möglich entgegentreten.** Eine fortschreitende Entwicklung in diese Richtung fördert Fremdheit und gegenseitige Missverständnisse und sollte von uns allen nicht akzeptiert werden.

## 1. Zuwanderung in Hannover

Wenden wir uns zunächst den nackten Zahlen zu. In Hannover leben derzeit etwa 76.000 Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dazu kommen aber noch 43.000 Menschen, die neben der deutschen über eine weitere Nationalität verfügen, weil sie als Aussiedler nach Deutschland gekommen sind, weil sie eingebürgert worden sind oder weil sie Kinder ausländischer Eltern sind. Insgesamt handelt es sich also um fast 120.000 Menschen, die aus anderen Ländern nach Hannover zugewandert sind oder aus deren Familien stammen. Wir reden über 23% der hannoverschen Bevölkerung, eine wahrlich stattliche Gruppe, eine kleine Großstadt in der mittleren Großstadt Hannover.

Die größten Gruppen sind Aussiedler aus der früheren Sowjetunion und Türken mit jeweils deutlich über 20.000 Menschen. Aus den EU-Staaten sind etwa 15.000 Menschen nach Hannover gekommen, etwa 12.000 Einwohner stammen aus asiatischen Staaten, insbesondere auch dem Mittleren Osten.

Natürlich sind Migranten nicht gleichmäßig in Hannover verteilt. Während in Wülferode oder Waldheim nur 1,7 % bzw. 2,8 % der Bevölkerung betroffen ist, umfasst diese Gruppe in Linden-Süd mehr als 34 % oder in Hainholz mehr als 30 %. Das heißt: Wir haben es in Hannover mit sehr unterschiedlichen Problemlagen zu tun, wenn wir über Integration reden.

Interessant ist auch ein Blick auf die Alterszusammensetzung. In allen Altersgruppen bis 45 Jahre sind Zuwanderinnen und Zuwanderer überrepräsentiert, ihr Anteil bei den Senioren über 60 Jahre ist dagegen stark unterdurchschnittlich. Und besonders wichtig ist der Blick auf die Neugeborenen. In Frankfurt oder Stuttgart stammen heute schon mehr als 50 % aller Babys aus Zuwandererfamilien, in Hannover sind es immerhin ca. 40 %. Wenn wir bedenken, dass alle Prognosen in Deutschland von geburtenschwächeren Jahrgängen in der Zukunft ausgehen, dann wird deutlich, dass wir bei dem Thema **Migration und Integration** eine der wichtigsten Zukunftsfragen diskutieren. Wenn es künftig weniger junge Menschen gibt, aber innerhalb dieser Gruppe der Anteil junger Menschen aus Zuwandererfamilien steigt, dann ist der Erfolg unserer gesamten Gesellschaft von ihrem Erfolg abhängig.

## 2. Fällt das Integrationsbarometer?

Ein gedeihliches Zusammenleben von Menschen aus sehr unterschiedlichen Kulturen ist seit vielen Jahren in Hannover das Ziel zahlreicher Bemühungen. Viele tausend Menschen in den Stadtteilen, den Kirchengemeinden und Sportvereinen oder der Kulturarbeit leisten an dieser Stelle großartige Arbeit. Es gibt eine Reihe von Entwicklungen, die in die richtige Richtung zeigen: Jedes Jahr werden in Hannover ca. 2.000 Menschen eingebürgert – sie fühlen sich hier zu Hause und drücken mit der deutschen Staatsangehörigkeit die Identifikation mit ihrer Heimat aus. Das Studentenwerk berichtet aus seinem Erfahrungsaustausch mit anderen Universitätsstädten, dort gebe es erhebliche Probleme, Wohnraum für schwarze Studierende zu finden, nur in Hannover sei das anders. Und Habitat, ein Nachbarschaftsprojekt auf dem Kronsberg, ist es gelungen, dass alle dort betreuten Kinder aus Migrantenfamilien anschließend eine Gymnasialempfehlung erhalten haben. Oder, um ein letztes Beispiel zu geben: Mehr als 350 Menschen in dieser Stadt helfen freiwillig im Rahmen des Projektes Mentor Schulkindern beim Lesen. Alles das sind sehr gute und ermutigende Beispiele.

In diesem Zusammenhang ist es auch interessant zu beobachten, wie sich in diesen Stadtteilen ein neuer Mittelstand aus Migrantenfamilien gebildet hat. Natürlich befinden sich Migrantenfamilien im Durchschnitt in einer schlechteren sozialen Lage als deutsche Familien. Es gibt aber eben auch sehr viele Migranten in der zweiten oder dritten Generation, die eine sichere soziale Lage aufweisen und innerhalb unserer Gesellschaft aufsteigen. Man kann dies besonders gut auch an der aufstrebenden türkischen Wirtschaft in Hannover nachvollziehen, aus der heraus mittlerweile eine Reihe von interessanten Unternehmen und sicheren Arbeitsplätzen entstanden sind.

Es gibt aber auch Rückschläge zu verzeichnen, wie ich bei vielen Begegnungen in den vergangenen Monaten erfahren musste. Nicht nur in einem Jugendzentrum habe ich auf die Frage, aus welchen Nationen die Besucher kommen, zu hören bekommen: „Alle, mit Ausnahme von einer“. Gemeint waren deutsche Jugendliche. Dass Jugendeinrichtungen getrennt nach Nationalität besucht werden, ist gewiss kein Zeichen gelungener Integration. Aus den Schulen berichten Lehrer, dass es heute sehr viel schwieriger als z. B. vor zehn Jahren ist, etwa türkische Mädchen mit auf Klassenfahrten zu nehmen. Das ist dann nicht nur schade für die betroffenen Mädchen, sondern bringt für ganze Schulklassen Probleme und Spannungen. Oder um ein letztes Beispiel zu erwähnen: Aus vielen Kleingartenvereinen höre ich, dass es mit ausländischen Gartenbesitzern eigentlich kein Problem gibt, dass es aber nicht gelingt, dass sie sich auch am Vereins-

leben beteiligen oder für die Übernahme von Vorstandsposten zur Verfügung stehen. Auch dies sind keine guten Rückmeldungen.

Wenn ich ein Fazit aus vielen Kontakten und Gesprächen ziehen soll, dann scheint mir unser Integrationsbarometer in den letzten Jahren eher gefallen zu sein. In der deutschen, der Mehrheitsgesellschaft kann ich zwar keine Ausländerfeindlichkeit erkennen, sehr wohl aber eine tief greifende Verunsicherung, wie es denn mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen weitergehen soll. Und bei den Zuwanderern, der Minderheitsgesellschaft, ist dieselbe Verunsicherung zu spüren, die zu einem tendenziellen Rückzug auf sich selbst und Gleichgesinnte führt. Natürlich sind von dieser Entwicklung nicht alle Migranten gleichermaßen betroffen. Die wichtigsten Gruppen, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind, dürften einerseits Aussiedler und andererseits Menschen muslimischen Glaubens sein.

Natürlich gibt es Gründe für diese Entwicklung. Da ist zum einen die soziale Entwicklung, die von den Problemen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt gekennzeichnet ist. Integration findet nun einmal nicht zuletzt über Arbeit statt. Wenn wir in Hannover ca. 13.000 ausländische Arbeitslose haben, dann ist das ein echtes Integrationshemmnis.

Noch wichtiger ist aber vielleicht die globale Entwicklung der letzten Jahre. Ausgehend vom 11. September über Afghanistan und den Irak, die Terroranschläge von Madrid und London bis hin zum jüngsten Karikaturenstreit haben wir in den vergangenen fünf Jahren mehr und mehr so etwas wie einen Kampf der Kulturen erlebt. Diese Erfahrung steckt bei vielen Menschen tief drinnen und sorgt dafür, dass Fremdheit stärker und Gemeinsamkeit schwächer wahrgenommen wird. Eine solche Entwicklung ist bis in den Alltag hinein spürbar und ist kein guter Nährboden für Integration.

### 3. Fordern und fördern – die Leitplanken der Integrationspolitik

Die Zwischenbilanz fällt also durchwachsen aus: Hannover ist eine weltoffene, internationale Stadt, und es gibt eine Vielzahl von wechselseitigen Bemühungen, gut miteinander zusammenzuleben. Spürbar ist aber auch eine durchaus wachsende Verunsicherung, ein tendenzieller Rückzug. Stellt man in Rechnung, dass es sich für alle Beteiligten um eine zentrale Zukunftsfrage handelt, dann dürfen wir uns mit dieser Zwischenbilanz nicht zufrieden geben.

Natürlich sind die kommunalen Möglichkeiten dabei beschränkt. Die soziale Lage ist vom Rathaus aus ebenso wenig nachhaltig zu beeinflussen wie die Weltpolitik. Umso wichtiger ist es aber, an dieser Stelle die bleibenden Möglichkeiten konsequent zu nutzen und hierin einen Schwerpunkt der weiteren Stadtentwicklung zu sehen.

Dabei geht es um einen wechselseitigen Prozess. Ganz sicher ist es so, dass die deutsche Gesellschaft in mancherlei Hinsicht überflüssige Zugangsbarrieren bereithält, gerade im Schulwesen. Auf der anderen Seite ist es genauso zwingend, dass Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen konstruktiv und beständig den Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft suchen und die Zusammenarbeit ausbauen sollten. Von beiden Seiten aus muss aufeinander zugearbeitet werden. Sich gegenseitig in Ruhe zu lassen, ist vielleicht eine der schlechtesten Schlussfolgerungen, die gezogen werden könnten. Im Gegenteil: Fordern und fördern muss das Motto einer modernen Integrationspolitik sein.

Dabei handelt es sich um einen Prozess, der nicht nur von der öffentlichen Hand bestritten werden kann. Es wird vielmehr von der Bereitschaft aller Gruppen der Stadtgesellschaft abhängig sein, Integration in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, wenn nachhaltige Erfolge erzielt werden sollen.

Dabei geht es vor allem um drei Handlungsfelder:

- um die Förderung und Integration junger Menschen,
- um das Knüpfen von Netzwerken in den Stadtteilen und
- um einen verlässlichen Rahmen, innerhalb dessen Integration zu einer Querschnittsaufgabe gemacht wird.

#### 4. Frühe Weichenstellungen

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ – dieses deutsche Sprichwort ist gerade auch für Kernfragen der Integration zutreffend. Wichtige Weichenstellungen werden in den ersten Lebensjahren gestellt, vor allem wenn es um die Sprache und die Bildung als Schlüssel für den weiteren Lebensweg geht. In Hannover verlässt jeder fünfte nichtdeutsche Schüler die Schule ohne Schulabschluss, und die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die Defizite bei der Beherrschung der deutschen Sprache aufweisen, ist eine besondere Herausforderung. Gleichzeitig werden soziale Kontakte wesentlich leichter geknüpft als später. Das Kriminologische Forschungsinstitut hat kürzlich knapp 6.000 Schülerinnen und Schüler von vierten Klassen dazu befragt, wie die Kontakte untereinander sind. Das Ergebnis ist: Wenn Migrantenkinder und deutsche Kinder sehr früh miteinander Kontakt haben und Freundschaft schließen, sind damit gute Voraussetzungen für die weitere Integration geschaffen.

In diesem Zusammenhang gibt es durchaus wichtige kommunale Handlungsfelder: Wir werden in Hannover bis zum Jahre 2008 weitere 750 Krippen- und Krabbelplätze einrichten. Es handelt sich um die allererste Stufe im Betreuungs- und Bildungssystem, und je mehr kleine Kinder aus Migrantenfamilien daran teilhaben, desto besser ist es. Wir haben die Absicht, bei Migrantinnen und Migranten dafür zu werben, ihre Kinder verstärkt in die Kitas zu schicken. Derzeit ist es noch so, dass diese Kinder nur unterdurchschnittlich den Kindergarten besuchen. Das soll sich ändern. In den Kindertagesstätten haben wir damit begonnen, die Sprachförderung zu einem absoluten Schwerpunktthema zu machen, und wir werden diesen Schwerpunkt beibehalten. Dabei ist insbesondere auch eine aktive Mitarbeit der Eltern unabdingbar, damit nicht nur in der Kita, sondern auch im Elternhaus deutsche Sprache gelernt wird. Die ersten Erfahrungen sind in dieser Hinsicht durch das Hippy-Projekt des Diakonischen Werkes und die Rucksack-Mütter sehr ermutigend und sollen ausgebaut werden.

Dies alles sind schwierige und kostenintensive Aufgaben. Die dahinter stehenden Konzepte unterstreichen, wie wichtig wir das Thema der frühkindlichen Förderung und Integration nehmen. Ein Erfolg ist aber damit noch nicht garantiert. Er setzt vielmehr auch voraus, dass auf Seiten der Vereine, Verbände und Organisationen von Migranten aktiv dafür geworben wird, dass die betreffenden Familien sich beteiligen und diese Bemühungen aktiv unterstützen. Ihnen muss sehr deutlich gemacht werden, dass sich an dieser Stelle die Zukunftschancen ihrer Kinder entscheiden können. Frühe soziale Kontakte und eine frühe Sprachförderung sind die besten Voraussetzungen für einen

späteren Schulerfolg und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden an dieser Stelle alle in die Pflicht nehmen müssen - die Stadt und die Wohlfahrtsverbände ebenso wie die Eltern und die Migrantenorganisationen.

Genauso wichtig ist die Schulzeit, denn in der Schule werden in der Regel die Voraussetzungen für einen weiteren erfolgreichen Lebensweg geschaffen. Bekanntlich sind die kommunalen Möglichkeiten in dieser Lebensphase geringer als zuvor, denn die Schule steht in der Zuständigkeit des Landes. Es muss noch einmal klipp und klar hervorgehoben werden, dass wir gerade an dieser Stelle in Deutschland und vor allem in Niedersachsen einen beträchtlichen Nachholbedarf haben. Vor wenigen Wochen hat uns ein Rechtsprofessor aus Costa Rica den Spiegel vorgehalten. Als Beauftragter der UN-Menschenrechtskommission hat er festgestellt, dass der Erfolg im deutschen Bildungssystem besonders davon abhängig ist, aus welchem Elternhaus ein Kind stammt. Das ist für einen Sozialstaat peinlich und blamabel.

In Niedersachsen haben wir einen besonderen Rückschritt zu verzeichnen, nachdem durch die so genannte Schulreform jetzt schon eine Selektion nach dem vierten Schuljahr stattfindet, also das genaue Gegenteil dessen, was uns die Siegerstaaten bei PISA vormachen.

Auch sonst gibt es vieles, was im niedersächsischen Schulwesen anders werden muss, wenn Integration erleichtert werden soll. Zu erwähnen ist der Ausbau von Ganztagschulen, damit Kinder und Jugendliche nicht nur während des Unterrichts, sondern auch in der Freizeit tatsächlich zusammen sind. Oder um ein anderes Beispiel zu erwähnen: Wir brauchen dringend einen Islamunterricht an deutschen Schulen, nicht nur in Modellprojekten, sondern flächendeckend. Wenn das deutsche Schulsystem den Glauben vieler Schülerinnen und Schüler nicht durch ein eigenes Unterrichtsangebot aufgreift, darf man sich nicht wundern, wenn der Bedarf an anderer Stelle und jenseits einer öffentlichen Kontrolle befriedigt wird. Bei allem Respekt vor den Finanzsorgen des Landes – sparen im Schulwesen ist grundfalsch und kann uns noch teuer zu stehen kommen.

Unter diesen Umständen sind die kommunalen Möglichkeiten leider allzu beschränkt. Als Schulträger würde die Stadt Hannover sicher die Bildung weiterer Gesamtschulen vorantreiben, denn gerade diese Schulform ist besonders integrationsfreundlich. Es gibt an dieser Stelle allerdings leider einen rational kaum nachvollziehbaren Widerstand der Landesregierung, die aus ideologischen Gründen heraus diese Schulform auf

die Schwarze Liste gesetzt hat. Damit wird eine weitere Chance vertan, unser Bildungssystem zu modernisieren.

Ebenso wenig ist das Land bereit, Lehrer für neue Ganztagschulen einzustellen, so dass auch an dieser Stelle Stillstand statt Fortschritt angesagt ist.

Umso wichtiger sind die verbleibenden kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Wenn schon keine Ganztagschule möglich ist, dann wollen wir uns wenigstens darum bemühen, so gut als möglich eine Ganztagsbetreuung für junge Menschen bereitzustellen. Es geht darum, getreu dem Motto „Nach der Schule an der Schule“ Schule und Jugendarbeit zusammenzubringen und vor allem auch mit der Arbeit der Sportvereine zu verbinden. Der augenblickliche Zustand kann nicht wirklich zufrieden stellen: Nach der Schule gibt es häufig kein Angebot für die weitere Freizeitgestaltung. Kinder und Jugendliche, die an der Schule zusammengewesen sind, gehen auseinander. Wenn sie sich dann zu Freizeitaktivitäten wieder zusammenfinden, handelt es sich häufig um homogene Gruppen, vor allem auch nach Nationalitäten und Ethnien. Ich erinnere an das Echo aus den Jugendzentren, wenn ich nach der Besucherstruktur gefragt habe. Damit wird eine echte Chance vertan. Über eine gemeinsame Freizeit findet Integration statt, vor allem auch über Sport und Kultur. Derzeit haben wir häufig ein Nebeneinander von Schule, Jugendarbeit und Sport, obwohl sich alle um die gleiche Zielgruppe bemühen. Wenn es gelingt, diese Aktivitäten miteinander zu verbinden und aus Schule, Jugendarbeit sowie Sportvereinen und Kultureinrichtungen ein gemeinsames Netz zu knüpfen, dann sind wir einen guten Schritt weiter.

Ich mache mir keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die einem solchen Prozess vorausgehen. Alle beteiligten Berufsgruppen haben nach meinem Eindruck die Tendenz, eine Kooperation eher skeptisch anzugehen. Umso wichtiger wird es sein, über Modellprojekte deutlich zu machen, dass dies ein wirklich zukunftsweisendes Konzept ist. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich mir vorstellen kann, eine entsprechende Zusammenarbeit aus kommunalen Mitteln besser zu fördern als bisher. Wir haben derzeit über 80 eigenständige Jugendeinrichtungen in der Stadt Hannover, die in eigenen Räumen arbeiten mit allen damit verbundenen Kosten. Gleichzeitig bieten viele Schulen auch eine Reihe von Freizeitmöglichkeiten, vom Sport bis zur Kultur. Wenn man also zusammengeht, dann kann z. B. die gesparte Miete in dem System bleiben, und die Qualität der Arbeit kann gesteigert werden. Ich bin der Auffassung, wir brauchen eine Grundsatzdiskussion über die künftigen Konzepte der Jugendarbeit. Die Kooperation

von Jugendarbeit, Schule und ehrenamtlichem Engagement in den Vereinen ist meines Erachtens ein Thema, das eine solche Diskussion allemal lohnt.

## 5. Integration im Stadtteil

Die Stadtteile sind eine besonders wichtige Größe für jede Integrationspolitik. Dass verschiedene Kulturen miteinander leben und voneinander profitieren, das kann kein Rathaus verordnen. Wie man in einem gemeinsamen Wohnumfeld miteinander umgeht, das entscheiden am Ende eben die Menschen selbst. Gerade die Integrationspolitik muss bedenken, dass es am Ende auch darum geht, stabile zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen, und das geschieht nun einmal nicht auf der zentralstädtischen Ebene, sondern im Stadtteil.

Weil diese Gedanken durchaus nicht nur die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Kulturen betreffen, werden wir in den nächsten Jahren insgesamt über eine **Stärkung der Stadtteilpolitik** und entsprechender Initiativen zu reden haben. Eine „Politik von oben für eine Politik von unten“ ist aber gerade auch mit Blick auf die Herausforderung der Migration von besonderer Bedeutung. Deswegen muss gerade auch die Stadtteilpolitik sich dieser Fragen annehmen. In den letzten zehn Jahren sind eine Vielzahl von Präventionsräten gerade auch in Stadtbezirken errichtet worden, um Fragen der öffentlichen Sicherheit im Stadtteil zu behandeln. Es handelt sich dabei um eine sehr gute Entwicklung, die auch in vielen Bereichen Folgen gezeitigt hat. Aber ist es eigentlich überall nicht noch wichtiger, **Integrationsräte in den Stadtbezirken und den Stadtteilen einzurichten**, die ein gedeihliches Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen im engsten Wohnumfeld fördern? Was wir benötigen, ist eine große gesamtgesellschaftliche Anstrengung, das gilt nicht nur im Rathaus, das gilt auch gerade in den Stadtteilen. Eine solche Aufgabe lässt sich am ehesten dadurch bewältigen, dass alle, die es angeht, auch an einem Tisch zusammenkommen. An Themen wird es dabei nicht mangeln, das reicht von den Neugeborenen bis zur Situation älterer Migrantinnen und Migranten in einem Stadtteil.

Wenn es nach mir geht, dann werden auch die zahlreichen stadtteilbezogenen Projekte der Vergangenheit in den nächsten Jahren fortgesetzt. Ich denke dabei insbesondere an das Programm „Soziale Stadt“, das schon in den vergangenen Jahren in Vahrenheide, Hainholz und Mittelfeld vor allem auch Fragen der Integration in den Vordergrund

gestellt hat. Es geht aber immer darum, Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzubringen, gemeinsame Interessen zu formulieren und dann daran zu arbeiten.

Diese Netzwerke sind, so meine ich, das entscheidende bei der weiteren Stadtteilarbeit. Ich will deswegen abschließend in diesem Zusammenhang ein Beispiel erwähnen, das mit städtischem Handeln nichts zu tun hat. Die Religionen spielen bei vielen Migranten eine ausgesprochen große Rolle, gerade auch bei Moslems. Wir haben inzwischen ca. 20 Moscheen in der Stadt Hannover, die für die Gläubigen auch Anlaufpunkte und Orientierungsorte sind. Ich wünsche mir sehr, dass es gelingt, zwischen christlichen Gemeinden und Moscheen nicht nur gelegentliche Kontakte, sondern stabile Partnerschaften aufzubauen. Auf diese Weise können beiderseitig bestehende Ängste nicht nur abgebaut, sondern in ein gemeinsames Miteinander umgewandelt werden. Je offener und transparenter Glaubensgemeinschaften miteinander umgehen, um so mehr wird es gelingen, Ängste abzubauen. Dazu bedarf es der Bereitschaft von beiden Seiten. Niemand darf sich abkapseln, und alle müssen dabei sein – wenn dies die Grundlage für einen interreligiösen Dialog in der Stadt Hannover ist, dann werden wir auch Fortschritte bei der Integration erzielen.

## 6. Der ständige Rahmen für eine ständige Aufgabe

Ich habe in meinem vorangegangenen Ausführungen gelegentlich immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass kommunale Handlungsmöglichkeiten beschränkt, aber in wichtigen Bereichen sehr wohl vorhanden sind. Umso wichtiger ist auch die richtige Organisation für diese ungemein wichtige Aufgabe.

Integrationspolitik, das ist unbestreitbar eine Querschnittsaufgabe. Von der Kinder- und Jugendarbeit über soziale Problemstellungen, kulturelle Aktivitäten und Stadtteilkonzepte – das Thema von Migration und Integration steht überall auf der Tagesordnung.

Deswegen halte ich es auch für falsch, diese Querschnittsaufgabe einem Bereich zuzuordnen und damit gewissermaßen alle anderen Bereiche zu entlasten. Im Gegenteil, ich habe vor, in der Stadtverwaltung eine Lenkungsgruppe einzurichten, die unter der Federführung des Oberbürgermeisters regelmäßig den Stand und die Schwerpunkte der Integrationsarbeit bewertet und neue Perspektiven diskutiert.

Natürlich kann sich ein solcher Prozess nicht auf die Stadtverwaltung beschränken. Wenn ich Integrationsräte in den Stadtbezirken für richtig gehalten habe, dann gilt das

selbstverständlich auch auf der zentralstädtischen Ebene. In einem solchen Integrationsrat müssen die Politik, die ausländischen Vereine und Religionsgemeinschaften, aber auch die großen christlichen Kirchen vertreten sein. Ich glaube, wir müssen uns auch selbst unter Druck setzen, damit es vorangeht. Und dies gelingt vermutlich dadurch am besten, indem immer wieder alle Beteiligten sich fragen, wo wir stehen.

Mit diesem Ansatz wird zugleich deutlich, dass ich Zweifel habe, ob die bisherigen politischen Strukturen wirklich weiterhelfen. Der direkt gewählte Ausländerbeirat ist bekanntlich mangels Interesse eingegangen. Der bestehende Rat hat einen Migrationssausschuss eingerichtet, in dem sehr engagiert gearbeitet wird. Man wird dennoch feststellen müssen, dass die abgegrenzte Zuständigkeit für Migrationsfragen insgesamt nicht viel weiterhilft. Es handelt sich nun einmal um ein Querschnittsthema und um eines, das beileibe nicht nur von der Politik, sondern von vielen gesellschaftlichen Kräften vorangetrieben werden muss. Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, so weit als möglich darauf auch bei der Besetzung von Gremien Rücksicht zu nehmen.

In diesem Zusammenhang kommt es auch darauf an, dass in den demokratischen Institutionen nicht nur über Migration geredet wird, sondern auch Migranten vertreten sind. Ich würde mir sehr wünschen, dass ein Ergebnis der nächsten Kommunalwahlen auch ist, dass sich die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft in den städtischen Gremien jedenfalls stärker widerspiegelt als bislang. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Stadtverwaltung: Die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Zuwandererfamilien – das wird in vielen Fällen der Stadt eine Hilfe sein, sich gegenüber Migrantinnen und Migranten verständlich zu machen.

## 7. Allianz für Integration

Lassen Sie mich noch einmal die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen: Die Integration der unterschiedlichen Kulturen und Religionen ist eine der zentralen Aufgaben, die sich unserer Stadtgesellschaft in den nächsten Jahren stellen werden. In Anbetracht der äußeren Bedingungen wie auch der sozialen Lage handelt es sich um eine echte Herausforderung.

Wir dürfen es nicht damit bewenden lassen, uns gegenseitig in Ruhe zu lassen. Das Gegenteil ist notwendig: Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft müssen in einem ständigen Austausch miteinander sein, um sich gegenseitig in Bewegung zu versetzen und tatsächlich Fortschritte zu erzielen.

Fordern und fördern – das sind die Maßstäbe, nach denen wir in den nächsten Jahren die Integrationspolitik in Hannover vorantreiben werden. Dafür bieten sich im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der Stadtteilpolitik und nicht zuletzt auch bei der Organisation eines interkulturellen Dialoges wichtige Anknüpfungspunkte.

Die Migrationspolitik wird eine Querschnittsaufgabe der nächsten Jahre sein. Das gilt jedoch nicht alleine für die Stadtverwaltung und die Ratspolitik, sondern geht alle an, die sich aktiv um das Gemeinwesen bemühen. Deswegen soll die Integrationspolitik auch als Einladung und Aufforderung an die gesamte Stadtgesellschaft verstanden werden. Es geht darum, der Entwicklung von Parallelgesellschaften entgegenzutreten.

Internationalität und kulturelle Vielfalt bereichern eine Stadt wie Hannover. Citybesucher, Studierende und Wissenschaftler aus anderen Ländern sind gern gesehene Gäste in unserer Stadt.

Diese Vorzüge gelten erst recht für viele Menschen, die aus anderen Ländern nach Hannover gekommen sind und dauerhaft hier bleiben. Sie bereichern unsere Stadt und unsere Stadtgesellschaft in vielerlei Hinsicht. Eine Großstadt wie Hannover ist auf diese Impulse angewiesen. Sie sind wichtig für unsere Stadtgesellschaft. Deswegen dürfen wir Migration und Integration nicht nur als Problem auffassen, sondern auch als eine Chance für die Weiterentwicklung unserer Stadt, vor allem aber auch als eine Herausforderung. Diese Herausforderung zu meistern, das wird die Aufgabe aller aktiven Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in den nächsten Jahren sein. Wir brauchen eine Allianz für Integration, und wir werden hart daran arbeiten, eine solche Allianz tatsächlich zu schaffen.